

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Wie der Rundfunkbeitrag auf 15 Euro sinken könnte

26. April 2023, 17:00 Uhr | Lesezeit: 5 min

Besseres Programm mit weniger Geld - fünf Vorschläge, wie sich die Rundfunkabgabe sofort senken ließe.

Gastbeitrag von Ilja Braun und Heiko Hilker

Die Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dreht sich in Dauerschleife um sich selbst. Seit Jahrzehnten schon ist von Reformen die Rede und noch mehr von der Bedeutung des Rundfunks für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Von den Reformen ist aber bislang - trotz verschärfter Debatte nach dem RBB-Skandal - nichts zu spüren. Den Ministerpräsidenten, die über den Rundfunk bestimmen, geht es ohnehin um etwas anderes, nämlich um "Beitragsstabilität". Sie haben Angst, dass der Rundfunkbeitrag weiter steigen könnte. Genauer gesagt: dass eine weitere Erhöhung des Beitrags in den Landtagen gegen die AfD (und auch gegen Teile der CDU) nicht mehr durchzusetzen sein wird, ohne dass erneut das Bundesverfassungsgericht intervenieren muss. Es muss also gespart werden. Da aber niemand den Sender des jeweils eigenen Bundeslands beschneiden möchte, wird am Ende dort gespart, wo es auf den ersten Blick am wenigsten auffällt: an den Kosten für das Programm.

Diese Logik ist problematisch - und übrigens keinesfalls alternativlos. Es ist eine Ausrede, wenn die Politik behauptet, sich aus Respekt vor der Unabhängigkeit des Rundfunks nicht einmischen zu können. Es braucht dafür bloß politischen Willen. Hier einige Vorschläge, wie der Rundfunkbeitrag sinken statt weiter steigen könnte, ohne dass das Programm darunter leiden muss.

1. Beitragsbefreiung vom Staat übernehmen lassen

Wer Bürgergeld bekommt (das frühere Hartz IV) ist von den Gebühren befreit. Mit gutem Grund. Dadurch entgehen dem Rundfunk Einnahmen, folglich müssen alle anderen Bürgerinnen und Bürger mehr zahlen, um Beitragsausfälle aus sozialen Gründen zu kompensieren. Es ginge aber auch anders, etwa so wie bei der Miete. Statt Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfänger von der Bei-

tragszahlung zu befreien, könnte der Staat die Rundfunkbeiträge für sie übernehmen (und bei ermäßigten Beträgen dazuzahlen).

Effekt: rund 600 Millionen Euro im Jahr.

Der Beitrag könnte sofort um rund 1,30 Euro im Monat sinken.

2. Altersversorgung der Anstalten neu aufstellen

Für die Beitragsperiode 2021 bis 2024 rechnete die KEF zuletzt mit circa 750 Millionen Euro im Jahr an Gesamtkosten für die betriebliche Altersversorgung - die den Beschäftigten zusätzlich zur ganz normalen gesetzlichen Rente gezahlt wird. Vielleicht wird die erforderliche Summe durch die steigenden Zinserträge ein bisschen weniger, aber mit 630 Millionen Euro im Jahr ist mindestens zu rechnen.

Die Altersversorgung ist eine politische Last, und sie wurde in dieser Form von der Medienpolitik über Jahrzehnte mitgetragen: In allen Gremien zusammengenommen sitzen mehr als 25 Ministerpräsidenten, Medienminister und -staatssekretäre. Der Vorschlag: Die Altlasten der Altersversorgung werden aus den Sendern herausgelöst und von den Ländern übernommen. Im Gegenzug verzichten die amtierenden Intendanten und Direktoren auf die Hälfte ihrer Pensionsansprüche. So werden aus 25 000 Euro monatlicher Pension 12 500, aus 16 000 Euro werden 8000. Einmalig würden geschätzte 40 Millionen Euro freigesetzt.

Effekt: Rund 630 Millionen Euro im Jahr.

Der Beitrag könnte sofort um rund 1,40 Euro im Monat sinken.

3. Angemessene Vergütung für alle

Viel ist in den letzten Monaten über [die exorbitanten Gehälter der Intendanten](#) geschrieben worden. Doch nicht nur Intendanten werden außertariflich bezahlt, auch Direktoren, Abteilungsleiter und leitende Redakteure erhalten Vergütungen, die gegenüber dem öffentlichen Sektor auf einem deutlich überdurchschnittlichen Niveau liegen. So lagen die Vergütungen der Hauptabteilungsleiter in dem zuletzt von [der KEF](#) dazu vorgelegten "Kienbaum-Gutachten" bei ZDF 124 Prozent und beim WDR 118 Prozent über dem öffentlichen Dienst.

Der Vorschlag: Die Gehälter von Intendantinnen und Intendanten werden bei zukünftigen Verträgen auf das Niveau von Ministerpräsidenten gedeckelt. Direktorinnen und Direktoren dürfen nicht mehr verdienen als Ministerinnen und Minister.

Alle, die keine Direktorinnen oder Direktoren sind, werden so schnell wie möglich in den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst überführt. Das heißt, circa 250 außertarifliche Stellen werden im Schnitt um 1500 Euro im Monat reduziert. Diese Maßnahmen würden den Beitrag zwar kaum verringern, durch die Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit die gesellschaftliche Akzeptanz massiv stärken.

Geschätzter Effekt: 4,5 Mio. Euro im Jahr.

Der Beitrag könnte um circa 0,01 Euro sinken.

4. Kein Beitragsgeld mehr für die Landesmedienanstalten

Die Landesmedienanstalten bekommen derzeit 1,89 Prozent vom Rundfunkbeitrag. Sie sind für die Aufsicht über die privaten Rundfunksender zuständig. Offen ist die Frage, warum die Privatsender ihre Aufsicht nicht selber finanzieren. Schließlich handelt es sich um kommerzielle, gewinnorientierte und profitable Unternehmen. Vorschlag: RTL, Sat.1 & Co. bezahlen ihre Aufsichtsstruktur in Zukunft selber.

Viele Landesmedienanstalten erhalten nicht alle dieser Mittel, der jeweilige Gesetzgeber hat entschieden, dass ein Teil der Mittel auch in die Filmförderung fließen kann. Diese Mittel kann das jeweilige Bundesland auch direkt aus seinem Etat übernehmen.

Effekt: etwa 160 Millionen Euro.

Der Beitrag könnte sofort um 0,35 Euro sinken.

5. Prozentuale Obergrenzen für kostenintensive Programme

Beim Geld ist alles eine Frage der Verteilung. Je mehr für Sportrechte und Krimis ausgegeben wird, desto weniger ist für Kultur und Dokumentation da. Dabei sind letztere viel günstiger zu produzieren.

Die Programmkosten für Sportsendungen sind mit Abstand die größten Ausgaben im Programm des Ersten, im ZDF sind sie auch erheblich. In Jahren, in denen Olympische Spiele sowie Fußball-WM oder -EM stattfinden, machen diese etwa ein Viertel des Programmetats aus. Wie groß das Missverhältnis ist, wird auch am Verhältnis von Kosten und Erstsendeminuten deutlich. Sport hat in den Sportjahren mit Olympia und Fußball-Weltmeisterschaft oder EM - etwa acht Prozent der Erstsendefläche, verschlingt aber im Jahresdurchschnitt circa ein Viertel der Programmkosten. Kultur und Wissenschaft benötigen nur zwei Prozent der Kosten, um vier Prozent der Erstsendefläche zu füllen. Kann die Politik hier wirklich nichts machen, weil sie nicht ins Programm hineinreden soll?

Das ist eine weitere der vielen Ausreden, um die Verantwortung abzuschieben. Im Rahmen des Programmauftrags, der im Medienstaatsvertrag festgeschrieben wird, könnten durchaus prozentuale Mindest- und Obergrenzen für die Kosten einzelner Programmbereiche festgeschrieben werden.

Der Vorschlag: In Zukunft dürfen über die Jahre hinweg durchschnittlich nur noch bis zu 10 Prozent der Kosten eines Vollprogramms für Sport ausgegeben werden, und davon nicht mehr als zwei Drittel für Fußball. Die Kosten für die Sportrechte von derzeit durchschnittlich 420 Millionen Euro im Jahr werden dafür bei ARD und ZDF halbiert auf 210 Mio. Zugleich werden zukünftig mindestens 10 Prozent der Mittel für Bildung, Kultur und Dokumentarfilme ausgegeben, was einer Aufstockung um 75 Millionen Euro entspricht.

Geschätzter Effekt: rund 135 Millionen Euro.

Der Beitrag könnte sofort um zirka 0,30 Euro sinken.

Eine Umsetzung all dieser Vorschläge würde es ermöglichen, den Rundfunkbeitrag kurzfristig um etwa 3,36 Euro zu senken, also auf glatte 15 Euro.

Langfristig bedarf es einer unabhängigen, externen Evaluation des Programms: Mit welchen Sendungen erfüllen ARD und ZDF ihren gesetzlichen Auftrag der Bildung, Information und Unterhaltung? Welche Ziele setzen sie sich und wie gut oder schlecht erreichen sie diese?

Was wir aber genau wissen: Die Sender können mehr leisten. Sie können mehr inhaltliche Breite und Vielfalt bieten. Und das mit einem niedrigeren Beitrag.

***Heiko Hilker ist Rundfunkrat im MDR und war von 1994 bis 2009 als Parteiloser in der Fakti-
on der Linken Abgeordneter im Sächsischen Landtag.***

***Ilja Braun ist Autor und Übersetzer, er war bei der Verbraucherzentrale Bundesverband im
Team Digitales und arbeitete am Deutschen Bundestag als Referent für Die Linke (Netzpolitik)
und später für die Grünen (Medienpolitik).***

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5822880

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/tyc

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre
Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.